

**WERTE VERMITTELN –
INTEGRATION SCHAFFEN
PRIORITÄTEN DER CDU-FRAKTION
ZUM „MASTERPLAN INTEGRATION
UND SICHERHEIT“**

**BESCHLUSS DER CDU-FRAKTION BERLIN
FREITAG, 22. APRIL 2016**

CDU

FRAKTION
BERLIN

1 **WERTE VERMITTELN – INTEGRATION SCHAFFEN**

2 **PRIORITÄTEN DER CDU-FRAKTION ZUM**

3 **„MASTERPLAN INTEGRATION UND SICHERHEIT“**

4 **1. Ausgangslage**

5 Von Beginn der Legislaturperiode bis Ende 2015 ist die Anzahl der Asylverfahren um über
6 2000 Prozent gestiegen. Insbesondere seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus
7 dem Jahr 2012 zur Höhe der Geldleistungen für Asylsuchende ist die Anzahl der Verfahren
8 sprunghaft gestiegen. 79.000 Asylbegehrende kamen 2015 nach Berlin, von denen 55.000
9 ihr Asylverfahren in Berlin durchlaufen. Nicht alle, die gekommen sind, können auch blei-
10 ben. Wir müssen uns auf die Menschen konzentrieren, die vor Krieg und politischer Verfol-
11 gung geflohen sind.

12 Der unerwartet hohe Zugang von Asylbegehrenden in 2015 führte zu einem massiven
13 Rückstau bei der Registrierung. Dieser Rückstand konnte im Januar 2016 abgebaut wer-
14 den. Seit Ende Januar kann eine tagesgleiche Registrierung garantiert werden. Kein Asyl-
15 begehrender muss mehr auf seine Registrierung warten. Jeder Neuankommende bekommt
16 ein Gesamtpaket mit Ankunftsnachweis, elektronischer Gesundheitskarte, Berlin-Pass so-
17 wie Taschengeld. Durch den Ankunftsnachweis erfolgt ein bundesweiter Datenabgleich,
18 wodurch ein systematischer Leistungsmissbrauch ausgeschlossen wird. Auch die Abläufe
19 im Leistungsbereich wurden beschleunigt. Viele Geflüchtete leben nun in unserer Stadt
20 und 43.000 in Unterkünften und nochmal rund 13.000. in Wohnungen. Die größte Aufgabe
21 beginnt jetzt: Die der Integration. Die CDU-Fraktion Berlin begrüßt das im Bund geplante
22 Integrationsgesetz, das Pflichten zur Integration definiert und auch eine Regelung der für
23 Berlin bedeutsamen Wohnsitzzuweisung enthält.

24 Mit der Ministerpräsidentenkonferenz am 22.April 2016 wird das Land Berlin zusätzliche
25 finanzielle Mittel für die Unterbringung und Integration von Geflüchteten erhalten. Diese
26 Mittel müssen vorrangig für die folgenden Punkte verwendet werden:

27 **2. Wertevermittlung**

28 Die hier mit Bleibeperspektive lebenden Geflüchteten haben einen Anspruch darauf, die
29 Grundsätze unserer funktionierenden freiheitlich-demokratischen Grundordnung und un-
30 serer offenen und toleranten Gesellschaft kennenzulernen. Sie sollen die Gelegenheit er-
31 halten zu erfahren, welches die Grundregeln eines toleranten Zusammenlebens in
32 Deutschland sind und welches Verhalten von ihnen für ein gedeihliches und friedliches
33 Miteinander erwartet wird.

34 Die meisten Flüchtlinge, die derzeit nach Deutschland kommen, wissen wenig bis nichts
35 über die Grundzüge unseres Rechtssystems, über unsere Grundrechte wie Gleichberechti-
36 gung, Meinungs- und Religionsfreiheit, über familien- und strafrechtliche Fragen aber auch
37 über Grundprinzipien wie beispielsweise die Gewaltenteilung.

38 **a) Wertevermittlung durch Wertedialog-Programm „Deutschland für Ein- 39 steiger“**

40 Die Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz soll ihr bereits mit großem Er-
41 folg als Pilot getestetes Projekt „Deutschland für Einsteiger“ so modifizieren, dass es
42 künftig für alle in Berlin untergebrachten Flüchtlinge flächendeckend verbindlich an-
43 geboten werden kann. Dabei führen vorrangig jeweils ein Vertreter der Berliner Justiz
44 und ein sozialpädagogisch geschulter Multiplikator aus dem migrantischen Bereich
45 gemeinsam Workshops in den Unterkünften durch, bei denen die wichtigsten Grund-
46 züge und -werte der deutschen Rechtsordnung anhand praktischer Fallbeispiele ver-
47 mittelt werden.

48 **b) Wertevermittlung durch Demokratieerklärung**

49 Ferner soll den Asylbewerbern zum Abschluss der Workshops eine „Demokratieerklä-
50 rung“ nach dem diesem Positionspapier beigefügten Muster zur freiwilligen Abgabe
51 vorgelegt werden und nach Herkunftsländern, Alter und Geschlecht anonym statis-
52 tisch erfasst und veröffentlicht werden, wie viele der Asylbewerber die Demokratieer-
53 klärung abgeben und wie viele dies verweigern. Die hieraus zu ziehenden Erkenntnisse
54 müssen Grundlage für weitere Maßnahmen zur Wertevermittlung sein.

55 **c) Wertevermittlung in Willkommensklassen, Sprach- und Orientie-**
56 **runskursen**

57 Bereits in den Willkommensklassen der Schulen und in den Sprach- und Orientie-
58 runskursen sollen die Grundwerte des friedlichen, freiheitlichen und demokratischen
59 Zusammenlebens vermittelt werden. Auch der Politik- und Ethikunterricht ist zur De-
60 mokratieerziehung zu nutzen. Dies ist in die Lehrpläne aufzunehmen.

61 **d) Wertevermittlung durch Patenschaften**

62 Wertevermittlung findet vielfach bereits jetzt über das ehrenamtliche Engagement der
63 Berlinerinnen und Berliner statt, die als Paten für Flüchtlinge diesen in den alltägli-
64 chen Lebenslagen beistehen und die Werte unseres Landes vorleben. Die bezirklichen
65 Integrationsbeauftragten sollen mit Unterstützung des Integrationsbeauftragten des
66 Landes die Übernahme von Patenschaften für Asylbegehrende in Berlin durch Bürger
67 und Vereine fördern durch:

- 68 ▪ Verbreitung des Patenschaftsprogrammes der Bundesregierung „Menschen stär-
69 ken Menschen“ ([www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Freiwilliges-Engagement/menschen-
70 staerken-menschen/menschen-staerken.html](http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Freiwilliges-Engagement/menschen-
70 staerken-menschen/menschen-staerken.html)),
- 71 ▪ Aufbau eines ergänzenden Patenschaftsprogramms des Landes für Vereine, die
72 sich für Asylbegehrende öffnen, ihnen eine Beteiligung an den Vereinsaktivitäten
73 kostenfrei ermöglichen und eine erhebliche und nachhaltige Beteiligung durch
74 Asylbegehrende erreichen.

75 **e) Wertevermittlung durch Handreichung**

76 Die Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz soll einen Leitfaden für die
77 Wertevermittlung erarbeiten, der den ehrenamtlichen und hauptamtlichen Akteuren
78 in der Flüchtlingsbetreuung als Orientierungshilfe bei der Vermittlung der Grundwer-
79 te unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung dienen soll.

80 **3. Schule und Bildung**

81 **a) Schulbauoffensive**

82 Berlin als wachsende Stadt hat einen erheblichen Bedarf an der Erweiterung der
83 Schulplätze. Die Integration der vielen Flüchtlingskinder, vorrangig der statusgewan-

84 delten, erhöht diesen Bedarf. Deshalb fordern wir erneut eine Schulbauoffensive mit
85 beschleunigten Verfahren, die den zügigen Ausbau bestehender Schulgebäude ebenso
86 umfasst wie den Neubau von Schulen in den Stadtteilen mit wachsenden Schülerzah-
87 len, wie z. B. in Pankow oder Reinickendorf-Ost. Die zeitweise Abordnung von Mitar-
88 beitern der Senatsverwaltung und der BIM zur Verstärkung der bezirklichen Kapazitä-
89 ten ist bedarfsgerecht zu ermöglichen. Die neuen Schulstandorte sind transparent zu
90 veröffentlichen.

91 **b) Sprachniveau in Willkommensklassen testen**

92 Wir unterstützen das Konzept der Willkommensklassen, deren Sinn darin besteht, den
93 vielen Flüchtlingskindern die deutsche Sprache und die Grundwerte des Zusammenle-
94 bens in Deutschland beizubringen. Ihre bestmögliche Integration in den Regelunter-
95 richt muss das Ziel sein. Die Verweildauer in den Willkommensklassen darf sich nicht
96 nach starren zeitlichen Vorgaben richten. Entscheidend muss allein die Fähigkeit der
97 Kinder sein, dem Regelunterricht folgen zu können. Das ist im Interesse der Flücht-
98 lingskinder und ebenso im Interesse des Unterrichtsniveaus in den Regelklassen. Das
99 Erreichen des Sprachniveaus B 1 muss hier die Mindestanforderung für die Sekundar-
100 stufe sein und durch geeignete Sprachtests geprüft werden. Wer das nicht erreicht,
101 muss zusätzlich gefördert werden. Dazu soll der Unterricht in den Willkommensklas-
102 sen auch in den Ferien stattfinden und dafür die notwendigen Voraussetzungen ge-
103 schaffen werden. Nichterreichen ist keine Option.

104 **c) Sprachförderunterricht parallel zu Regelunterricht**

105 Nach Überwechseln in den Regelunterricht muss den Flüchtlingskindern weiterhin be-
106 sonderer Sprachunterricht erteilt werden, um ihre Sprachkenntnisse über das Niveau
107 B 1 auszubauen und damit ihre Fähigkeit zu stärken, dem Regelunterricht erfolgreich
108 folgen zu können. Fünf Wochenstunden zusätzlicher Deutschunterricht in Gruppen
109 von 10 bis 15 Kindern sind mindestens vorzusehen, bis das Sprachniveau C1 erreicht
110 ist.

111 **d) Lehrpersonal gewinnen**

112 Die Schulbauoffensive und der Ausbau der Willkommensklassen müssen auch perso-
113 nell abgesichert sein. Lehrer sind bedarfsgerecht neu einzustellen. Die Studienplatz-
114 angebote für das Unterrichtsfach „Deutsch als Zweitsprache“ sind auszubauen. Die

115 Qualifikationen eines Lehrers in den Willkommensklassen sind zu definieren und ent-
116 sprechende Fortbildungen ebenso wie geeignete Unterrichtsmaterialien anzubieten.
117 Pensionierten Lehrern sind attraktive Angebote zur Stärkung der Personaldecke zu
118 unterbreiten.

119 **4. Arbeit**

120 **a) Coaching durch Unternehmen**

121 Die Integration von Flüchtlingen wird nur gelingen, wenn sie erfolgreich in den Ar-
122 beitsmarkt integriert sind. Dazu sind sie in geeigneter Weise in Zusammenwirken mit
123 interessierten Unternehmen zu qualifizieren und orientieren. Initiativen wie bei-
124 spielsweise die Ausbildungs- und Berufsinitiative "Arrivo Berlin" sind zu verbessern
125 und müssen viel mehr Unternehmen erreichen und Flüchtlinge fördern. Betriebe müs-
126 sen besser als bisher über die Qualifikation, Beschäftigung und Ausbildung von Ge-
127 flüchteten informiert und über die Gesamtzeit der Ausbildung gefördert werden.
128 Grundsätzlich gilt auch bei der Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt: Be-
129 triebliche Ausbildung soll Vorrang vor überbetrieblicher Ausbildung haben. Dazu müs-
130 sen Ausbildungsbetriebe eine direkte Bezuschussung bekommen.

131 **b) Schaffung weiterer gemeinnütziger zusätzlicher Arbeitsgelegenheiten**

132 Die Schaffung gemeinnütziger zusätzlicher Arbeitsgelegenheiten (gzA) ist ein wesent-
133 licher Baustein zu einer ersten erfolgreichen Integration geflüchteter Menschen in
134 Berlin. Derzeit sind in Berlin 3.925 Flüchtlingen in gzA, mehr als je zuvor. Mehr als die
135 Hälfte der Berliner Unterkünfte machen mit durchschnittlich 25 Arbeitsstellen von der
136 Möglichkeit Gebrauch, Asylsuchende in gzA zu beschäftigen.

137 Unser Ziel ist es, den Asylbewerbern weitere Möglichkeiten zu schaffen, ihre Lebenssi-
138 tuation selbst aktiv zu gestalten sowie die eigene finanzielle Situation aufzubessern.
139 Durch die niederschweligen Tätigkeiten wird eine regelmäßige Tagesstruktur vorge-
140 geben. Die Teilnehmer können soziale und gesellschaftliche Kontakte knüpfen. Ne-
141 benbei wird der Spracherwerb gefördert. Die hier trainierten Fähigkeiten zielen darauf
142 ab, die Teilnehmenden auf den Arbeitsmarkt vorzubereiten. Somit bildet das Instru-
143 ment eine Vorstufe zu arbeitsmarktintegrativen Maßnahmen.

144 Der Senat hat die zur Verfügung stehenden Mittel für Arbeitsgelegenheiten nach
145 § 5 AsylbLG aufgestockt. Die Union spricht sich dafür aus,

- 146 ▪ dass 1000 weiterer solcher Arbeitsgelegenheiten geschaffen werden müssen. Die
147 Arbeitsgelegenheiten können bei staatlichen, kommunalen oder gemeinnützigen
148 Trägern bereitgestellt werden, wobei die zu leistende Arbeit das Kriterium erfül-
149 len muss, dass sie sonst nicht verrichtet werden könnte, nicht in dem Umfang o-
150 der nicht zu diesem Zeitpunkt. Für Träger und Betreiber von Einrichtungen muss
151 das für die Koordination der gZA erforderliche Personal in deren Tagessatz be-
152 rücksichtigt werden.
- 153 ▪ Die zuständige Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales muss zusammen mit
154 der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen eine TaskForce zur Um-
155 setzung dieses Zieles bilden. Diese muss personalwirtschaftlich durch zusätzliche
156 Stellen hinterlegt werden.
- 157 ▪ Auch das Landesamt für Gesundheit und Soziales muss zur Erreichung dieses Zieles
158 personell verstärkt werden.

159 **c) Bundesfreiwilligendienst**

160 Um Geflüchtete in Arbeit zu bringen, ist nach Auffassung der Union auch der Bundes-
161 freiwilligendienst (BFD) ein geeignetes und probates Mittel für eine erfolgreiche In-
162 tegration.

163 10.000 zusätzliche Stellen stehen im Sonderkontingent BFD zur Verfügung. Hiervon
164 sind 5.000 mit Flüchtlingsbezug für die nicht verbandlich organisierten Träger (Verei-
165 ne und Kommunen) reserviert. Für Berlin stehen 252 Stellen zur Verfügung, von denen
166 aktuell bereits ca. 80 Plätze durch nicht-kommunale Träger gebucht sind. Diese Plätze
167 müssen zu mind. 50% mit geflüchteten Menschen mit Aufenthaltsgestattung und Ge-
168 duldeten, soweit sie eine Beschäftigungserlaubnis haben, besetzt werden. Einsatzbe-
169 reiche liegen bei der Unterstützung bei Unterbringung und Versorgung, bei der All-
170 tagsorientierung und Integration sowie im Bildungsbereich (z.B. auch in den Info-
171 Points, zur Organisation und Durchführung von Veranstaltungen, Kursen etc.).

172 Potenzielle Einsatzorte liegen bei:

- 173 ▪ allen Aufnahmeeinrichtungen, Gemeinschaftsunterkünften und Notunterkünften;
174 die fachliche Anleitung sollte durch Ehrenamtskoordination/Sozialdienste des Be-
175 treibers erfolgen;
- 176 ▪ den 12 Bezirken, angesiedelt bei den Integrationsbeauftragten, der Flüchtlings-
177 bzw. Ehrenamtskoordination.

178 Für die Etablierung von Freiwilligenplätzen im Rahmen des Sonderprogramms fordern
179 wir, dass ausreichend Personal und Finanzmittel bereitgestellt werden.

180 **5. Zweckentfremdung von Turnhallen beenden**

181 Bei der Aufnahme der großen Zahl von Flüchtlingen in Berlin war die Vermeidung von Ob-
182 dachlosigkeit oberstes Gebot. Hierzu mussten auch Sporthallen als Notunterkünfte ge-
183 nutzt werden. Derzeit sind an 51 Standorten in elf Bezirken 63 Sporthallen mit insgesamt
184 rund 10.500 Personen belegt. Die CDU-Fraktion will diese Zweckentfremdung schnellst-
185 möglich revidieren, um die Sporthallen dem Schul- und Vereinssport wieder zur Verfügung
186 stellen zu können. Denn Schul- und Vereinssport sind grundlegend nicht nur für die Ge-
187 sundheit und Leistungsfähigkeit der Menschen, sondern leisten einen wichtigen Beitrag
188 zum Erlernen sozialer Kompetenz und zur Integration von Flüchtlingen.

189 **a) Container-Unterkünfte ausbauen und Sporthallen freigeben**

190 Wohncontainer lassen sich am schnellsten errichten. Sie ermöglichen daher die zügige
191 Freigabe der belegten Turnhallen. Daher sind die Anstrengungen zur schnellen Errich-
192 tung von Container-Unterkünften seitens der Senatsverwaltung für Finanzen zu inten-
193 sivieren.

194 **b) Sporthallen sanieren**

195 Sodann sind die Sporthallen unverzüglich instand zu setzen. Dabei müssen die durch
196 die Nutzung als Flüchtlingsunterkunft entstandenen Schäden beseitigt werden und in
197 diesem Zuge wo immer sinnvoll realisierbar auch die Arbeiten miterledigt werden, die
198 im Rahmen ohnehin anstehender Sanierungsarbeiten (mit anderen Finanzierungsquel-
199 len wie dem SSSP) notwendig sind. Hierzu ist kurzfristig ein Sanierungsfahrplan zu er-
200 stellen. Die Feststellung der erforderlichen Sanierungsarbeiten muss in einem einfa-
201 chen transparenten Verfahren erfolgen, Verzögerungen für die Schul- und Sportnut-

202 zung müssen vermieden werden. Ziel ist es, dass die Sporthallen im Zuge dessen in ei-
203 nen neuwertigen und damit besseren Zustand als vor der Zweckentfremdung versetzt
204 werden. Die Finanzmittel für die Sanierungen müssen aus dem Strukturfonds des
205 Bundes zur Verfügung gestellt werden, das Land Berlin stellt hierfür ebenfalls Son-
206 dermittel bereit.

207 **c) Vereinfachtes Vergabeverfahren**

208 Die CDU-Fraktion hält es für notwendig, dass der Ausbau der Container-Unterkünfte
209 in den Sommerferien abgeschlossen ist, damit schnellstmöglich die Sanierung der
210 Sporthallen starten kann und damit die Schülerinnen und Schüler im nächsten Schul-
211 jahr wieder uneingeschränkt Sportunterricht erhalten können. Dazu ist ein ähnliches
212 vereinfachtes Vergabeverfahren zu ermöglichen wie bei der Ausstattung als Notun-
213 terkünfte. So schnell, wie die Turnhallen zu Notunterkünften umfunktioniert wurden,
214 sollen sie jetzt wieder als Turnhallen genutzt werden können. Kleinere Reparaturen
215 können die Bezirke auf der Grundlage ihrer Jahreszeitverträge ausführen lassen. Im
216 Regelfall sollten die Sanierungsleistungen nach nationalem Vergaberecht in freihändi-
217 ger Vergabe oder beschränkter Ausschreibung vergeben werden. Die dementspre-
218 chenden Regelungen im Rahmen des Konjunkturpaketes II sind auch hier anzuwen-
219 den. Bezirke und Senatsverwaltung sind personell im notwendigen Maße zu stärken.

220 **6. Wohnen**

221 Nachdem in den ersten Monaten die Notunterbringung zur Vermeidung von Obdachlosig-
222 keit im Vordergrund stand, kommt es nunmehr auf die Schaffung geeigneter Unterkünfte
223 für langfristige Unterbringung der in Berlin bleibenden Geflüchteten an. Die bisherige Su-
224 che nach geeigneten Grundstücken für Modularbauten ist kein Ruhmesblatt der Senatsfi-
225 nanzverwaltung. Es reicht nicht, Stadtpläne zu studieren. Die Einbettung in die umliegende
226 Infrastruktur ist ggfs. mit Investitionsmitteln zu gewährleisten. Dabei ist auf die gleichmä-
227 ßige Verteilung auf die Bezirke und Ortsteile zu achten. Dies schafft auch die notwendige
228 Akzeptanz vor Ort.

229 **a) Nachnutzung bedenken, mehr Wohnungen, weniger Gemeinschaftsun-**
230 **terkünfte**

231 Dabei ist es für uns wichtig, dass die nunmehr geplanten Unterkünfte (Modularbauten
232 / MUF) stärker in normaler Wohnform gebaut werden und weniger als Gemein-
233 schaftsunterkunft. Die bisherigen Planungen sehen die Errichtung kleiner Zimmer mit
234 Gemeinschaftsbereich vor. Die Objekte sind aber grundsätzlich so ausgelegt, dass spä-
235 ter daraus Wohnungen gemacht werden können. Angesichts der aktuellen Entwick-
236 lung (Rückgang des Zustroms; gleichzeitig aber auch hohe Anerkennungsquote) ist
237 davon auszugehen, dass wir demnächst deutlich mehr und schneller Wohnungen be-
238 benötigen. Daher ist der Prozess umzusteuern – zumal er für das Land günstiger ist.

239 **b) Modularbauten als günstigen Wohnraum öffnen für alle Berlinerinnen**
240 **und Berliner**

241 Ebenso sind diese Wohnungen zumindest mit einer Quote von 10 Prozent für alle Ber-
242 linerinnen und Berlinern auf der Suche nach günstigem Wohnraum zu öffnen. Dies
243 wird auch zu mehr direkter Nachbarschaft und mehr Integration vor Ort führen. Der
244 Konzentration von Flüchtlingen und ihrer Ghettoisierung wird dadurch vorgebeugt.

245 **7. Rückkehrberatung und Rückführung ausdehnen**

246 Nach Angaben des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge lag die Anerkennungsquo-
247 te in Berlin im ersten Quartal 2016 bei 55 Prozent. Das Asylbegehren der restlichen 45
248 Prozent wurde abgelehnt. Ein großer Teil dieser Geflüchteten will freiwillig in ihre Heimat-
249 länder zurückkehren. Für nicht wenige haben sich die Erwartungen an ihre Lebensumstän-
250 de in Deutschland nicht erfüllt. Von Januar bis März 2016 wurden 682 Personen über frei-
251 willige Rückkehrmöglichkeiten beraten. Für 287 Personen wurde die Ausreise organisiert.

252 **a) Rückkehrberatung personell ausbauen**

253 Angesichts der steigenden Zahlen der Rückkehrwilligen sind weitere Stellen für die
254 Rückkehrberatung über die bereits genehmigten Stellen in der Rückkehrberatung im
255 LAGeSo hinaus zu schaffen, um die steigende Nachfrage nach Rückkehrberatung und
256 freiwilliger Rückkehr zu decken und mehr Menschen zur freiwilligen Rückkehr zu be-
257 wegen.

258 **b) Rückkehrberatung lokal anbieten**

259 Die Rückkehrberatung ist zusätzlich lokal in allen Flüchtlingseinrichtungen und in den
260 JobCentern anzubieten.

261 **c) Rückkehranreize nutzen**

262 Die Zahl der freiwilligen Rückkehrer kann durch geeignete materielle Anreize erhöht
263 werden. Entsprechende Rückkehrprogramme sind wesentlich kostengünstiger als zum
264 Teil langwierige Abschiebeverfahren.

265 **d) Abschiebeverfahren beschleunigen**

266 Die Justiz muss personell, wenn nötig auch über die beiden bereits zusätzlich einge-
267 richteten Kammern am Verwaltungsgericht hinaus, in die Lage versetzt werden, der
268 zwangsläufig ansteigenden Anzahl an Verfahren schnell begegnen zu können.

269 **8. Stärkung der Sicherheitskräfte**

270 In allen Bereichen der Verwaltung ist ein personeller Mehrbedarf aufgrund der Flücht-
271 lingssituation spürbar. Das betrifft die Bereiche des direkten Bürgerservices, genauso wie
272 den Polizei-, Feuerwehr- und Justizdienst, den Lehrerbereich sowie die Steuerverwaltung.

273 Die derzeitige Entwicklung stellt insbesondere für die beiden Sicherheitsbehörden Polizei
274 und Feuerwehr eine große Herausforderung dar.

275 Nach Jahren des Personalabbaus hat Senator Henkel erreicht, dass unsere Polizei mehr
276 Personal und eine bessere Ausstattung erhält. Während der rot-rote Vorgängersenat die
277 Zahl der Vollzugsbeamtinnen und -beamten um rund 1.800 reduziert hat, wurde die Per-
278 sonalstärke der Berliner Sicherheitsbehörden seit 2011 um rund 1.000 Stellen erhöht. Im
279 Haushalt 2016/2017 wurde darüber hinaus ein zusätzliches Sicherheitspaket im Umfang
280 von rund 33 Millionen Euro beschlossen, durch das nun neue Waffen und bessere Schutz-
281 ausrüstung beschafft werden können.

282 Der Personal- und Finanzbedarf der Sicherheitsbehörden wird sich noch weiter erhöhen
283 und muss gedeckt werden, damit die Situation nicht zu einem Abbau der Inneren Sicher-
284 heit in unserer Stadt führt.

285 **a) Sichere Herkunftsstaaten**

286 Einen Anspruch auf Asyl haben nur die Menschen, die vor Krieg und politischer Ver-
287 folgung geflohen sind. Menschen aus sicheren Herkunftsstaaten, zu denen neben den
288 Staaten des Westbalkans nun auch Algerien, Marokko und Tunesien gezählt werden,
289 haben nur geringe Aussicht auf einen erfolgreichen Asylantrag. Eine Erweiterung der
290 Liste sicherer Herkunftsstaaten soll vorurteilsfrei geprüft werden.

291 **b) Rückführungen**

292 Personen, deren Antrag abgelehnt wurde und die nicht freiwillig ausreisen, müssen
293 konsequent zurückgeführt werden. Mit 806 Rückführungen in 2015 wurde die Zahl in
294 Berlin bereits deutlich erhöht. In 2016 wird die Zahl absehbar erneut stark steigen.
295 Daher wird die Berliner Polizei gemeinsam mit der Bundespolizei in Zukunft vermehrt
296 Rückführungsmaßnahmen durchführen müssen, die ebenfalls viel Personal binden.
297 Dies betrifft auch die Ausländerbehörde.

298 **c) Schutzmaßnahmen**

299 Eine ganze Reihe an Schutzmaßnahmen, die durch die Berliner Sicherheitskräfte zu
300 gewährleisten sind, kommen als zusätzliche Aufgaben auf diese zu. So entwickeln sich
301 die Kriminalität sowie die Anzahl der Notrufe proportional zum Bevölkerungswachs-
302 tum. Einer steigenden Zahl der Demonstrationen mit Flüchtlingsbezug, die nicht sel-
303 ten auch Gegendemonstrationen hervorrufen, zieht ebenfalls eine aufwändige polizeil-
304 iche Begleitung nach sich. Selbstverständlich ist auch der Schutz von Flüchtlingsun-
305 terkünften und von Objekten mit Flüchtlingsbezug, der auch künftig den Einsatz er-
306 heblicher Personalkräfte erforderlich machen wird, zu gewährleisten.

307 **d) Verfassungsschutz**

308 Der Verfassungsschutz hat einen erhöhten Aufklärungsauftrag, um Extremisten, die
309 als Flüchtlinge getarnt eingereist sind, frühzeitig zu erkennen und zu beobachten.

310 **e) Prävention**

311 Ein wachsender Bedarf ist auch bei der polizeilichen Präventionsarbeit festzustellen,
312 um in Zusammenarbeit mit Schulen, anderen Behörden und zivilgesellschaftlichen
313 Akteuren einer Radikalisierungsgefahr unter gefährdeten Flüchtlingen vorzubeugen.

314 Bei der Polizei ist von einem jährlichen Mehrbedarf von über 30 Millionen Euro allein für
315 zusätzliches Personal auszugehen. Hinzu kommt ein ungedeckter Mehrbedarf von ca. 6
316 Millionen Euro jährlich für Sachmittel wie z.B. Fahrzeuge, Ausrüstungsgegenstände etc.
317 sowie Kosten für Überführungen. Bei der Feuerwehr wird sich der ungedeckte Personal-
318 mehrbedarf im laufenden sowie im kommenden Jahr um fast 4 Millionen Euro pro Jahr er-
319 höhen. Für Sachmittelausgaben ist mit Mehrbedarfen in gleicher Höhe zu rechnen. Diese
320 Mittel müssen zur Verfügung gestellt werden.

321 **Anlage zum Fraktionsbeschluss „Werte vermitteln – Integration**
322 **schaffen. Prioritäten der CDU-Fraktion“**

323 **Demokratieerklärung für Asylbewerber**

324

325 Ich,

326 geboren am in

327

328 bin nach Deutschland gekommen, um Schutz vor politischer Verfolgung oder Bürgerkrieg
329 zu suchen. Ich möchte in Deutschland in Frieden und Sicherheit leben. Frieden und Sicher-
330 heit sind keine Selbstverständlichkeit. Jeder einzelne muss seinen Beitrag dafür leisten,
331 dass sie bewahrt werden. Ich gebe die folgenden Verpflichtungserklärungen ab:

332 1) In Deutschland herrscht die Demokratie. Das deutsche Volk wählt ein Parlament, das
333 Regeln und Gesetze festlegt (demokratische Ordnung). Diese Gesetze sorgen dafür,
334 dass alle in Frieden und Sicherheit zusammen leben können: Christen, Juden, Muslime,
335 Gläubige anderer Religionen und Menschen, die an keinen Gott glauben, gleich wel-
336 cher ethnischen und kulturellen Herkunft.

337 ***Ich erkenne diese demokratische Ordnung als rechtmäßig an.***

338 2) Das Grundgesetz ist das wichtigste Gesetzbuch in Deutschland. Es gewährt mir und
339 jedem anderen Menschen Schutz und Freiheit und regelt das friedliche Zusammenle-
340 ben aller Menschen in Deutschland. Niemand darf in Deutschland religiöse Regeln auf-
341 stellen oder anwenden, die gegen das Grundgesetz oder die deutschen Gesetze ver-
342 stoßen. Das Grundgesetz und die deutschen Gesetze sind von jedem zu befolgen. . Re-
343 ligiöse Regeln, die gegen das Grundgesetz oder gegen die Gesetze verstoßen, gelten in
344 Deutschland nicht.

345 ***Ich verpflichte mich, das Grundgesetz und die Gesetze Deutschlands in jedem Falle zu***
346 ***befolgen.***

347 3) Frauen und Männer, Mädchen und Jungen sind gleichberechtigt. Das gilt immer und
348 überall: In der Familie, in der Schule, im Beruf und im gesamten öffentlichen Raum. Je-
349 der Mensch darf sich In Deutschland frei entfalten, solange er nicht die Rechte von an-
350 deren verletzt und nicht gegen das Grundgesetz und die deutschen Gesetze verstößt.

351 ***Ich verpflichte mich, die Gleichberechtigung von Frauen und Männern, Mädchen und***
352 ***Jungen anzuerkennen.***

353 4) Jeder Mensch gestaltet sein Leben frei und eigenverantwortlich. In Deutschland dürfen
354 Männer auch Männer lieben. Und Frauen dürfen auch Frauen lieben. Babys können in
355 der Öffentlichkeit die Brust der Mutter bekommen und Menschen an manchen Orten
356 nackt herumlaufen und in der Sonne liegen. In Deutschland gilt: Jeder darf auf seine ei-
357 gene Art glücklich werden! Niemand darf versuchen, den Anderen zu etwas zu zwin-
358 gen.

359 Die Selbstbestimmung der Menschen umfasst auch die religiöse Bekleidung und die
360 Wahl der Partner. Mädchen und Frauen müssen sich nicht verschleiern, ein Kopftuch
361 oder einen Gesichtsschleier tragen. Niemand – auch nicht die Eltern, Geschwister oder
362 andere Verwandte oder Bekannte – kann Mädchen und Frauen oder Jungen und Män-
363 ner zwingen, eine bestimmte Person zu heiraten. Sie entscheiden selbst.

364 ***Ich verpflichte mich, die Freiheit und Selbstbestimmung aller Menschen, Frauen und***
365 ***Männer, Mädchen und Jungen, auch in meiner Familie, zu respektieren.***

366 5) In Deutschland gibt es Menschen, die die demokratische Ordnung in Frage stellen, zu
367 Hass und Gewalt aufrufen und das friedliche Zusammenleben der Menschen gefähr-
368 den. Darunter befinden sich religiöse Fanatiker, auch islamistische Extremisten wie Sa-
369 lafisten.

370 ***Ich verpflichte mich, mich von diesen Menschen fernzuhalten und mich nicht gegen***
371 ***Deutschland, die Menschen in diesem Land, das Grundgesetz, die deutschen Gesetze***
372 ***und die staatliche Gewalt aufbringen zu lassen.***

373 _____

374 (Unterschrift)

375 6) In Deutschland darf jeder seine Meinung frei äußern und die Medien dürfen frei be-
376 richten. Jeder Mensch darf das sagen und schreiben, was er denkt, solange er nicht zu
377 Gewalt aufruft oder andere beleidigt. Auch Religionen und ihre Vertreter dürfen kriti-
378 siert oder gar lächerlich gemacht werden. Wenn ich mich dagegen wehren will, nehme
379 ich die Hilfe der Polizei oder der Gerichte in Anspruch.

380 ***Ich verpflichte mich, dass ich niemals Gewalt anwenden oder dazu aufrufen werde,***
381 ***wenn ich mich oder meine Religion durch die Worte und Darstellungen eines anderen***
382 ***verletzt fühle.***

383 7) Ich weiß, dass ich für meine Teilnahme am Leben in Deutschland sehr gut Deutsch ler-
384 nen muss.

385 ***Ich verpflichte mich, so schnell wie möglich Deutsch zu lernen.***

386 Ich bestätige, dass ich die oben stehenden Regeln gelesen, verstanden und wahrheitsge-
387 mäß unterschrieben habe.

388 _____
389 (Unterschrift)

